



Arbeiterwohlfahrt
**Bezirksverband
Niederrhein e.V.**
Lützowstraße 32 · 45141 Essen

Telefon: 02 01 / 31 05 - 213
Telefax: 02 01 / 31 05 - 276
klaus.neubauer@awo-
niederrhein.de
www.awo-nr.de

V.i.S.d.P.: Paul Saatkamp

Pressedienst

17. November 2004

Bündnis Soziale Bewegung NRW Keine Zukunft ohne soziale Gerechtigkeit

Mehr soziale Gerechtigkeit fordern 30 Organisationen und Initiativen, die im Bündnis für Soziale Bewegung NRW gemeinsam für den Erhalt des Sozialstaates eintreten. Das ist das Ergebnis eines Fachforums unter dem Motto 'Der Sozialstaat (k)ein Auslaufmodell?!', zu dem die AWO Bezirksverband Niederrhein gemeinsam mit dem Bündnis Soziale Bewegung in die Zeche Carl nach Essen eingeladen hatte. 200 Teilnehmer von Arbeitslosen-Initiativen, AWO, attac, DGB, Sozialverband Deutschland, VdK und ver.di waren der Einladung gefolgt. Keine Zukunft ohne Sozialstaat, darin waren sich die Teilnehmer der Veranstaltung ebenso einig wie in der Ablehnung des drohenden Kapitalismus in Reinform, der die Menschen einzig und allein den Interessen der Wirtschaft unterordnet. AWO Niederrhein-Vorsitzender Paul Saatkamp kündigt an, im Bündnis Soziale Bewegung NRW eine Sozial-Charta NRW zu erarbeiten.

Die ganze Welt soll nach neoliberalen Grundsätzen ausgerichtet werden, diese Strategie erkennt der Kölner Professor Christoph Butterwegge hinter dem fortgesetzten Sozialabbau in Deutschland. Arbeitszeitverlängerung, Aufweichung des Kündigungsschutzes und Abschaffung der Mitbestimmung nannte Butterwegge im Rahmen dieser Veranstaltung als aktuelle Stichworte. 'Soziale Polarisierung' und 'Entsolidarisierung' sind aus seiner Sicht die bereits spürbaren Folgen. Im Konkurrenzkampf jeder gegen jeden bleibt aus seiner Sicht letztendlich auch der soziale Frieden auf der Strecke.

Nach Auffassung von Prof. Norbert Wohlfahrt von der Fachhochschule Bochum verfolgt die Politik - über alle Parteien hinweg - das Ziel, mit der Durchsetzung von mehr Armut mehr Wirtschaftswachstum zu schaffen. Die Verschlechterung der Lebensverhältnisse werde zum Allheilmittel der Politik. Nicht mehr die solidarische Absicherung privater Risiken, sondern die Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft stehe im Vordergrund. Der Staat kümmere sich nur noch um diejenigen, die etwas für die Gemeinschaft leisten, zitiert Wohlfahrt den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Steinbrück.

Für Werner Rätz von attac hat jeder Mensch das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Es sei genug für alle da. Lediglich die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum allein über die Erwerbsarbeit vorzunehmen, sei nicht mehr möglich. attac fordert eine ausreichende Grundsicherung aller Menschen, unabhängig davon, ob sie einen Erwerbsarbeitsplatz haben oder nicht.

Gabriele Schmidt, Vorsitzende von ver.di NRW, kritisiert die seit 20 Jahren stattfindende Einkommens- und Vermögens-Umverteilung von unten nach oben. Wenn allein die 100 reichsten Deutschen über 250 Mrd. Euro an Vermögen verfügen, dann sei es keineswegs abwegig, über eine Vermögenssteuer nachzudenken. Schmidt fordert mehr Steuergerechtigkeit auch durch mehr Steuerprüfungen in den Betrieben herzustellen. Aus ihrer Sicht gibt es immer noch zu viele Unternehmen, die sich armrechnen. Als politisch unanständig bezeichnet die ver.di NRW-Vorsitzende die Senkung des Spitzensteuersatzes zum 1. Januar 2005, während zum gleichen Zeitpunkt einige 100 Tsd. Menschen in der Folge von Hartz IV jegliche Unterstützungsleistung verlieren. Der Sozialstaat ist für Gabriele Schmidt ein Zukunftsmodell, das u.a. durch mehr Steuergerechtigkeit finanziert werden könne. Das von ver.di und attac entwickelte alternative Steuerkonzept zeige den Weg dahin.

Rückfragen:

Michael Schöttle, Tel. 02 01 / 31 05 - 233, FAX - 276, michael.schoettle@awo-niederrhein.de